

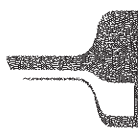


**Bier ist rein.
Bier ist Genuss.
Bier ist Deutschland.**

Deutscher Brauer-Bund e.V. • Postfach 64 01 37 • 10047 Berlin

Bundesministerium der Justiz
und für Verbraucherschutz

Referat R A 3
Herrn Schröder
Mohrenstraße 37
10117 Berlin



Die deutschen Brauer
Deutscher Brauer-Bund e.V.

Holger Eichele

Tel. 030 – 209167-25 • Fax 030 – 209167-99
eichele@brauer-bund.de

Berlin, 10. Juni 2015
mj

**Stellungnahme zum Referentenentwurf des Bundesministeriums der Justiz und für
Verbraucherschutz/
Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der Rechtssicherheit bei Anfechtung nach der
Insolvenzordnung und nach dem Anfechtungsgesetz**

Sehr geehrter Herr Schröder,

zu dem uns vorliegenden Referentenentwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der Rechtssicherheit bei Anfechtung nach der Insolvenzordnung und nach dem Anfechtungsgesetz möchten wir die Gelegenheit nutzen, aus Sicht der Brauwirtschaft wie folgt Stellung zu nehmen:

Der Deutsche Brauer-Bund e.V. begrüßt grundsätzlich die Änderungen des § 133 InsO, um den notwendigen Interessenausgleich zwischen Insolvenzschuldnern und insbesondere Insolvenzgläubigern zu erreichen.

Für die Brauwirtschaft ist es von hoher Bedeutung, dass das insolvenzrechtliche Anfechtungsrecht rechtssicher ausgestaltet ist, denn bei den von Brauereien verwendeten Verträgen handelt es sich um Darlehens- und Getränkebezugsverträge, die regelmäßig langfristig, teilweise über zehn Jahre hinaus, angelegt sind. In der Praxis kommt es nicht selten vor, dass Verträge noch nach Jahren im Rahmen von Insolvenzverfahren durch den Insolvenzverwalter angefochten werden.

Die durch gerichtliche Rechtsfortbildung geschaffene Rechtslage führt gegenwärtig dazu, dass sich Brauereien aufgrund insolvenzrechtlicher Streitigkeiten vermehrt langwierigen gerichtlichen Verfahren aussetzen müssen, die oft zu unangemessenen Ergebnissen führen.

Dabei spielt die unbefriedigende Herabsetzung der Anforderungen an den Nachweis des Gläubigerbenachteiligungsvorsatzes eine bedeutende Rolle.

Im Falle eines Ersuchens des Schuldners um Zahlungserleichterung, wie Stundung und Ratenzahlungen, müssen sich Brauereien entscheiden, ob sie sich entweder, bei Gewährung einer Zahlungserleichterung, späteren Anfechtung aussetzen oder, bei Nichtgewährung, den Schuldner in die Insolvenz treiben.

Deutscher Brauer-Bund e.V. • Neustädtische Kirchstraße 7A • 10117 Berlin

Tel. 030 209167-0 • Fax 030 209167-99 • info@brauer-bund.de • www.brauer-bund.de

IBAN: DE 75 3708 0040 0207 0935 00 • BIC: DRES DEFF 370 • Commerzbank AG in Köln

Büro Brüssel

Avenue des Arts, 6 • Boîte 8 • 1210 Bruxelles

Tel. 0032 2 2343737 • Fax 0032 2 2343739



Hier würde der Referentenentwurf teilweise Abhilfe schaffen. Insbesondere ist positiv anzumerken, dass fortan der Tatbestand der Benachteiligung gem. § 133 Abs. 1 InsO um eine Unangemessenheit erweitert wird, wodurch die drohende Zahlungsunfähigkeit des Schuldners bei kongruenter Deckung nicht mehr genügen wird. Auch die Verkürzung des Anfechtungszeitraums bei Deckungshandlungen von zehn auf vier Jahre nach dem neuen Abs. 2 trägt zur Rechtssicherheit bei. Letztlich wird die in dem neuen Abs. 3 verankerte Anknüpfung an die tatsächliche Kenntnis des Gläubigers über die Zahlungsunfähigkeit des Schuldners sowie darüber hinaus an die unangemessene Benachteiligung zu einer Verbesserung der Rechtsanwendung führen und dem Rechtsverkehr mehr Sicherheit geben.

Allerdings bleiben im Referentenentwurf Umstände unberücksichtigt, die aufgrund der Rechtsfortbildung zu unbefriedigenden Ergebnissen führen. Hierbei geht es insbesondere um die Rechtsunsicherheit bei Vergleichsabschlüssen, die sowohl Prozesshandlung als auch Rechtsge-schäft sind, sowie um die Behandlung von Forderungen, die sich aus Dauerschuldverhältnissen ergeben.

Hierzu im Einzelnen:

1. Gerichtlicher Vergleich:

Nicht unüblich ist es, dass gerichtliche Vergleiche geschlossen werden, um die Zahlungsunfähigkeit oder Überschuldung des Schuldners abzuwenden.

Dies führt dazu, dass sich Brauereien nur sehr zurückhaltend auf das Rechtsinstitut „Vergleich“ einlassen, da dieser automatisch nach der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes zu einer 10-jährigen Anfechtungsmöglichkeit nach § 133 InsO führt, wenn Vergleichsbeträge kassiert werden.

Insbesondere im Vorfeld eines Insolvenzverfahrens werden keine Vergleiche mehr geschlossen, da gerade durch den Hinweis, dass die Überschuldung des Schuldners droht und deshalb ein Vergleich angestrebt wird, die Indizien für eine Gläubigerbenachteiligung vorliegen.

Der Referentenentwurf müsste hier im Hinblick die Vorsatzanfechtung bei kongruenten Deckungen insoweit einschränken, als dass Vergleiche insbesondere dann nicht mehr anfechtbar sind, wenn Zahlungen aus Vergleichen zur Abwendung der Insolvenz geschlossen werden.

Lediglich bei nachweislich kollusivem Zusammenwirken von Gläubiger und Schuldner zum Zeitpunkt des Vergleichsschlusses sollte die Möglichkeit der Anfechtung bestehen bleiben. Indizien für die Zahlungsunfähigkeit dürfen hier aber auch keine Rolle spielen.

2. Dauerschuldverhältnisse

Auch bei Dauerschuldverhältnissen wie dem Mietvertrag oder Darlehensvertrag ist es wünschenswert, mehr Rechtsklarheit zu schaffen.

Insbesondere ist es nicht nachvollziehbar, dass Leistungen angefochten werden können, die man im Rahmen des Dauerschuldverhältnisses eingenommen hat (soweit es sich nicht um das Kassieren von erheblichen Rückständen handelt).

Klarstellend müsste deutlich gemacht werden, dass das Kassieren bzw. Entgegennehmen von ratenweisen Zahlungen bei einem ungekündigten Dauerschuldverhältnis nicht anfechtbar ist, wenn zu diesem Zeitpunkt das Dauerschuldverhältnis nicht gekündigt war.

Dies ist insbesondere bei Mietzahlungen geboten, die mit einem Verzug von zwei Monaten (§ 543 Abs. 2 Nr. 3 BGB) zu spät gezahlt werden oder aber auch bei Zahlungsverzug von Darlehensraten, die aufgrund gesetzlicher Kündigungsvorschriften entgegengenommen werden müssen, da die Dauerschuldverhältnisse noch nicht kündbar sind (§ 498 BGB).

Wenn aber die Möglichkeit zur Kündigung des Dauerschuldverhältnisses mangels Zahlungsverzug nicht besteht, ist es nicht zu rechtfertigen, dass der Gläubiger verpflichtet sein soll, eine Zahlung zurückzuweisen, um dann eine Kündigung aussprechen zu können, weil er (aufgrund eines gerichtlichen Vergleichs oder aufgrund der zögerlichen Zahlung) vermuten muss, dass der Schuldner insgesamt zahlungsunfähig ist.

Die außerordentliche Kündigung von Dauerschuldverhältnissen bei Verzug ist weitreichend gesetzlich geregelt. Die weiteste und auch für die Brauwirtschaft relevante Kündigung ist in den Verbraucherkreditvorschriften geregelt und sieht vor, dass möglicherweise selbst dann nicht gekündigt werden kann, wenn der Kunde mit bis zu fünf Raten im Rückstand ist. Bei einem Mietverhältnis müssen es lediglich zwei aufeinanderfolgende Raten sein.

Im Referentenentwurf muss deshalb deutlich herausgearbeitet werden, dass diese Fälle der kongruenten Deckung auf jeden Fall ausgeschlossen werden. Auch muss die Änderung des § 142 InsO ebenfalls und gerade für die Anfechtungsmöglichkeit nach § 133 InsO als Maßstab gelten. Dort, wo der Gesetzgeber dem Schuldner zugesteht, bei Zahlungseinpässen doch noch vor einer Kündigung verschont zu werden, indem er seinen ausstehenden Verpflichtungen gegenüber seinem Gläubiger nachkommt, darf es nicht in einen späteren Anfechtungsprozess münden, da gerade diese Umstände eine drohende Zahlungsunfähigkeit nahelegen. Das führt schlicht zu einem unsachgemäßen Ergebnis, bei dem der Gläubiger in der Regel benachteiligt wird.

Beide aus Sicht der Brauwirtschaft angeführten Umstände sollten im Referentenentwurf zu § 133 InsO explizit Erwähnung finden, um den Geschäftsverkehr im Falle kongruenter Deckung künftig rechtssicher zu gestalten.

Für eine entsprechende Formulierung des § 133 InsO wird der aus der **Anlage** zu dieser Stellungnahme ersichtliche Vorschlag gemacht.

3. Verbraucher

Grundsätzlich sind die am Rechtsverkehr teilnehmenden Unternehmer in Kenntnis darüber, dass im Falle der Zahlungsunfähigkeit gemäß § 17 Abs. 2 InsO ein Insolvenzantrag erfolgen muss. Die Nichtstellung des Insolvenzantrags ist strafbar.

Etwas anders liegt der Fall allerdings bei Privatpersonen. In diesem Fall ist es ungewiss, ob Privatpersonen einen Insolvenzantrag aufgrund ihrer Zahlungsunfähigkeit stellen werden.

Wenn ein Schuldner behauptet, nicht über genügend Mittel zu verfügen, kann das jedoch nicht dazu führen, dass seitens des Gläubigers nicht mehr versucht wird, seine Forderung aufgrund drohender Zahlungsunfähigkeit beizutreiben und sich fortan einer drohenden Anfechtung auszusetzen.

Mithin muss es auch bei Insolvenzverfahren betreffend Einzelpersonen eine Einschränkung für kollusives Zusammenwirken von Schuldner und Gläubiger geben. Dies bedeutet, dass der Schuldner schon den Entschluss gefasst haben muss, ein Insolvenzverfahren einzuleiten und der Gläubiger hiervon Kenntnis hat. Diese Einschränkung sollte in den § 133 InsO ebenfalls aufgenommen werden.

- 4-

Wir bitten Sie, unsere Anliegen, insbesondere den Formulierungsvorschlag zum § 133 InsO vor dem Hintergrund unserer Ausführung zu prüfen. Bei Rückfragen stehen wir jederzeit gerne zur Verfügung und verbleiben

Mit freundlichen Grüßen
Deutscher Brauer-Bund e.V.



Holger Eichele
Hauptgeschäftsführer



Matthias Nadolski
Justiziar

Anlage

§ 133 Vorsätzliche Benachteiligung

(1) Anfechtbar ist eine Rechtshandlung, die der Schuldner in den letzten zehn Jahren vor dem Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens oder nach diesem Antrag mit dem Vorsatz, seine Gläubiger **unangemessen*** zu benachteiligen, vorgenommen hat, wenn der andere Teil zur Zeit der Handlung den Vorsatz des Schuldners kannte.

Eine unangemessene Benachteiligung liegt nicht vor, wenn

1. für eine Leistung des Schuldners unmittelbar eine gleichwertige Gegenleistung in sein Vermögen gelangt, die zur Fortführung seines Unternehmens oder zur Sicherung seines Lebensbedarfs erforderlich ist,
2. die Rechtshandlung Bestandteil eines ernsthaften Sanierungsversuchs ist,
3. die Rechtshandlung im Abschluss eines gerichtlichen Vergleichs bzw. Entgegennahme der durch Vergleich vereinbarten Leistungen besteht,**
4. es um Zahlungen aus ungekündigten Dauerschuldverhältnissen geht
oder
5. die Zahlung auf titulierte Forderungen erfolgt.

Es wird vermutet, dass der andere Teil den Vorsatz des Schuldners kannte, wenn er zur Zeit der Rechtshandlung wusste, dass die Zahlungsunfähigkeit des Schuldners drohte und dass die Handlung die Gläubiger unangemessen benachteiligte.

(2) Hat die Rechtshandlung dem anderen Teil eine Sicherung oder Befriedigung gewährt oder ermöglicht, beträgt der Zeitraum nach Absatz 1 Satz 1 vier Jahre.

(3) Hat die Rechtshandlung dem anderen Teil eine Sicherung oder Befriedigung gewährt oder ermöglicht, welche dieser in der Art und zu der Zeit beanspruchen konnte, tritt bei der Vermutung nach Absatz 1 Satz 3 an die Stelle der drohenden Zahlungsunfähigkeit des Schuldners die eingetretene. Die Kenntnis des anderen Teils vom Vorsatz des Schuldners kann nicht allein daraus abgeleitet werden, dass

1. der andere Teil mit dem Schuldner eine Zahlungsvereinbarung nach § 802b Absatz 2 Satz 1 der Zivilprozessordnung abgeschlossen hat

oder

2. der Schuldner beim anderen Teil im Rahmen der Gepflogenheiten des Geschäftsverkehrs um eine Zahlungserleichterung nachgesucht hat.

(4) Anfechtbar ist ein vom Schuldner mit einer nahestehenden Person (§ 138) geschlossener entgeltlicher Vertrag, durch den die Insolvenzgläubiger unmittelbar benachteiligt werden. Die Anfechtung ist ausgeschlossen, wenn der Vertrag früher als zwei Jahre vor dem Eröffnungsantrag geschlossen worden ist oder wenn dem anderen Teil zur Zeit des Vertragsschlusses ein Vorsatz des Schuldners, die Gläubiger zu benachteiligen, nicht bekannt war.

*Änderungen des § 133 InsO durch den vorliegenden Referentenentwurf

**Vorschlag des DBB zur Ergänzung des Referentenentwurfs